

Vorlage an den Landrat

Beantwortung der Interpellation 2023/440 von Christina Wicker: «Stärkung der politischen Bildung an den Schulen» 2023/440

vom 5. Dezember 2023

1. Text der Interpellation

Am 31. August 2023 reichte Christina Wicker die Interpellation 2023/440 «Stärkung der politischen Bildung an den Schulen» ein. Sie hat folgenden Wortlaut:

Dieser Vorstoss zielt auf die Verbesserung der politischen Bildung an den Schulen der Sek I und Sek II ab. Aktuell ist im Lehrplan 21 die politische Bildung unter dem Fachbereich „Räume, Zeiten, Gesellschaften“ (RZG 8 Demokratie und Menschenrechte verstehen) angesiedelt. Ein eigenes Fach mit politischer Bildung fehlt. Im Hinblick auf die steigende Demokratiemüdigkeit, die sich mit einer tiefen Stimmbeteiligung an der Urne manifestiert, sollte die politische Bildung an den Schulen gestärkt werden. Jugendliche sollten frühzeitig in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden, um ihr Interesse an der Demokratie zu wecken und ihre politische Teilhabe zu fördern.

Neben dem klassischen Unterricht kann die politische Bildung auch über Projektwochen, Projekttage und projektorientiertes Arbeiten gestärkt werden. Dafür eignen sich Podiumsdiskussionen, Politikwochen oder der Besuch eines Parlaments. Hierbei sollte beachtet werden, dass die Ausgestaltung den Bedürfnissen der SchülerInnen entspricht.

Die Stärkung der politischen Teilhabe soll altersgerecht und politisch ausgewogen erfolgen. Zur Veranschaulichung von Politik können auch Externe beigezogen werden.

**Im Kanton Basel-Landschaft wurde das Thema bereits einmal aufgegriffen. 2013 reichte Martin Rüegg ein Postulat unter dem Titel „Einführung in ‚Staatskunde und Politik‘ an den Schulen der Sekundarstufe II ein. Im Februar 2015 folgte die Stellungnahme des Regierungsrates, welcher in diesem Fall Handlungsbedarf anerkannt hat – allerdings nur in Bezug auf die politische Bildung an Gymnasien (für berufliche Grundausbildung und die Berufsmaturität wird auf die verbindlichen Rahmenlehrpläne des Bundes verwiesen). Als Konsequenz wurde die Schulleitungskonferenz der Gymnasien beauftragt, „die politische Bildung an den Gymnasien zu fördern und dem Bildungsrat die Umsetzung im ersten Quartal 2016 zu präsentieren. Allerdings sollen die Massnahmen zur Förderung im Rahmen des bestehenden Lehrplans erfolgen, von einer Aufnahme eines eigenständigen Fachs für politische Bildung und der damit einhergehenden Anpassung der Stundentafel wurde abgesehen.*

**Auszug aus einem Expertenbericht im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation vom November 2021 zum Thema „Politische Bildung der Schweiz“.*

Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, die praktische politische Bildung insbesondere in den Sekundarstufen I und II zu stärken? Welche Altersstufen wären ideal dafür?
2. Ist der Regierungsrat bereit, sich für eine Stärkung der politischen Bildung und Stärkung der Schülerpartizipation (z.B. Schülerparlament und Klassenrat) im Rahmen der überfachlichen Kompetenzen an den Schulen einzusetzen?
3. Welches sind sein Handlungsspielraum und seine Einflussmöglichkeiten?
4. Wie werden diese Anliegen in anderen Kantonen umgesetzt? Gibt es Beispiele aus der Praxis und wie werden diese bezüglich Verbindlichkeit umgesetzt?

2. Einleitende Bemerkungen

Der Regierungsrat geht mit der Interpellantin einig, dass die Schulen eine wichtige Rolle für den Zugang zu politischer Bildung spielen. Er hat sich unlängst bei der Beantwortung der [Interpellation 2023/40](#) von Miriam Locher «Politische Partizipation junger Menschen» sowie in seiner Antwort vom 21. März 2023 auf eine Petition des Jugendrats Baselland «Mehr politische Meinungsbildung für Jugendliche» zu ähnlichen Fragestellungen geäußert und dabei auch die Rolle der Schulen behandelt.

Im Kanton Basel-Landschaft liegt die Kompetenz für die Festlegung der Bildungsinhalte in den Lehrplänen im Rahmen der überkantonalen Vorgaben beim Bildungsrat. Die Lehrpläne für die Berufsfachschulen sind den Vorgaben des Bundes unterworfen. Die konkrete Umsetzung der kantonalen bzw. eidgenössischen Lehrpläne erfolgt in der Regel auf der Ebene der Schulen.

In den Baselbieter Lehrplänen ist politische Bildung als obligatorischer Bestandteil verankert, auch wenn über das «richtige Mass» – wie auch bei anderen Fächern – unterschiedliche Meinungen herrschen können. Mit zunehmendem Alter der Kinder bzw. Jugendlichen erhält das Thema stetig mehr Raum. Politische Bildung wird in allen drei Zyklen der Volksschule fächerübergreifend und im Bereich der überfachlichen Kompetenzen vermittelt:

- Im 1. und 2. Zyklus (1.–6. Klasse Primarschule) im Fachbereich Natur, Mensch, Gesellschaft (NMG) unter NMG.10 Gemeinschaft und Gesellschaft – Zusammenleben gestalten und sich engagieren. In der Umsetzungshilfe zum Lehrplan 2. Zyklus zu NMG (S.6) sind die mit dem 3. Zyklus (1.–3. Klasse Sekundarschule) abgeglichenen Inhalte der politischen Bildung ausgewiesen.
- Im 3. Zyklus im Fach Geschichte unter RZG.8 (Raum, Zeit, Gesellschaft) ist «Politik, Demokratie und Menschenrechte» ein eigener Themenbereich innerhalb von BNE (Bildung für nachhaltige Entwicklung).

Auf der Sekundarstufe II wird der politischen Bildung seit längerem verstärkt Rechnung getragen: so ist sie in den Lehrplänen des Gymnasiums und der Fachmittelschule FMS explizit ausgewiesen. Alle Aspekte der Grundlagenfächer, welche politische Bildung betreffen, werden in einem separaten Kapitel des Lehrplans zusammengefasst. Damit wird die Bedeutung der politischen Bildung hervorgehoben, sowohl als eigenständiger Themenbereich als auch als Teil einer interdisziplinären Betrachtung (Geschichte, Geografie, Wirtschaft und Recht). Im Bereich der beruflichen Grundbildung bildet der «Aspekt Politik» einen integralen Bestandteil des Lehrplans im Fach Allgemeinbildender Unterricht.

Darüber hinaus gibt es an den unterschiedlichen Schulen vielfältige Formate, welche den Jugendlichen das Interesse und das Verständnis für Politik näherbringen. Es handelt sich dabei z.B. um die durch den Jugendrat organisierten Wahlpodien oder Angebote wie die «Model United Nations», in deren Rahmen Schülerinnen und Schüler die Prozesse der UNO kennenlernen können. Ausserdem gibt es Freifächer zum Thema Politik oder Formate wie «Jugend debattiert». Schliesslich werden Exkursionen in Parlamente oder Gerichte organisiert. Alle Angebote gelten als

Unterricht, und die partizipierenden Schülerinnen und Schüler werden für die während des regulären Unterrichts stattfindende Anlässe freigestellt.

Eine wichtige Rolle bezüglich politischer Bildung und Partizipation spielt an den Baselbieter Schulen der Jugendrat, dessen Engagement der Regierungsrat sehr schätzt. Dieser vertritt nicht nur die Interessen der Jugend gegenüber der Öffentlichkeit sowie gegenüber der Kantonsregierung, sondern er hat auch die Aufgabe, die Jugendlichen für die Belange der Politik zu sensibilisieren. So nimmt er an den Schulen eine wichtige Funktion ein, indem er vor Abstimmungen und Wahlen mit Podien präsent ist.

Die Schule soll und kann jedoch nicht alle Aufgaben der Zivilgesellschaft übernehmen. Hinweisen möchte der Regierungsrat beispielsweise auf den Dachverband der Schweizer Jugendparlamente (DSJ), der eine wichtige Funktion bezüglich politischer Bildung übernimmt. Er bietet eine On- und Offline-Ausbildung «Jugend+Politik» an für Jugendliche, die in einer Organisation mit politischem Bezug tätig sind oder in einer anderen Jugendorganisation einer politischen Arbeit nachgehen (Jugendparlamente, Jungparteien und weitere Organisationen).

Im Frühjahr 2023 wurde die Interkantonale Fachkonferenz Citoyenneté IFC gegründet. Die Konferenz hat zum Ziel, in enger Absprache mit der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) den Austausch zu sämtlichen Aspekten der politischen Bildung in den Kantonen zu fördern. Bis anhin gab es keinen Überblick über die bestehenden und geplanten Angebote von und in den Kantonen und auch kein überkantonales Gremium, welches die politische Bildung systematisch bearbeitet. Diese Lücke wurde seitens der Kantone, die in der Schweiz die Hauptverantwortung für Bildung tragen, mit der Schaffung der Fachkonferenz geschlossen. Das Vorhaben wurde von der [ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit](#) organisiert.¹

3. Beantwortung der Fragen

1. *Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, die praktische politische Bildung insbesondere in den Sekundarstufen I und II zu stärken? Welche Altersstufen wären ideal dafür?*

Grundsätzlich ist der Regierungsrat der Meinung, dass das Thema der politischen Bildung im Lehrplan ausreichend verankert ist. Die Umsetzung des Lehrplans liegt in der Kompetenz der Schulen. Der Kanton stellt sicher, dass die Vorgaben des Lehrplans umgesetzt werden. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass den Schulen derzeit keine zusätzlichen obligatorischen Aufgaben und Inhalte übertragen werden sollen. Im Rahmen der Teilautonomie liegt es in der Kompetenz und Eigenverantwortung der Schulen, entsprechende Thementage oder –wochen durchzuführen.

2. *Ist der Regierungsrat bereit, sich für eine Stärkung der politischen Bildung und Stärkung der Schülerpartizipation (z.B. Schülerparlament und Klassenrat) im Rahmen der überfachlichen Kompetenzen an den Schulen einzusetzen?*

Die Partizipation der Schülerinnen und Schüler ist neben den Inhalten des Fachunterrichts ein wichtiger Aspekt der politischen Bildung. Die konkrete Ausgestaltung der altersgerechten Mitwirkung der Schülerinnen und Schüler hängt stark von den organisatorischen und kulturellen Eigenheiten der jeweiligen Schule ab und ist im Schulprogramm festgelegt. Die direkte Steuerung durch den Kanton ist in diesem Kontext nicht zielführend. Hingegen hat der Schulrat, der das Schulprogramm genehmigt und in dem Parteien und Interessengruppen vertreten sind, durchaus Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung der politischen Bildung an der jeweiligen Schule.

¹ ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit, Konzept Internationale Fachkonferenz Citoyenneté IFC, 30.9.2022

3. *Welches sind sein Handlungsspielraum und seine Einflussmöglichkeiten?*

Wie einleitend dargelegt werden die Inhalte der Lehrpläne vom Bildungsrat festgelegt, die Umsetzung erfolgt in den Schulen. Der Regierungsrat erachtet diese Kompetenzregelung als sinnvoll. Die Schulen verfügen über entsprechenden Handlungsspielraum. Er ist der Ansicht, dass derzeit weder Anpassungen an der bewährten Kompetenzregelung noch Massnahmen bezüglich der konkreten Umsetzung notwendig sind.

4. *Wie werden diese Anliegen in anderen Kantonen umgesetzt? Gibt es Beispiele aus der Praxis und wie werden diese bezüglich Verbindlichkeit umgesetzt?*

Ein Ziel der Interkantonalen Fachkonferenz Citoyenneté IFC ist es, in den Kantonen Best Practices bezüglich politischer Bildung zu sammeln. Zum aktuellen Zeitpunkt liegen dem Regierungsrat noch keine Ergebnisse vor.

Liestal, 5. Dezember 2023

Im Namen des Regierungsrats

Die Präsidentin:

Monica Gschwind

Die Landschreiberin:

Elisabeth Heer Dietrich